

**Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim  
3.2.2014 Dr. Tim Geiger: Der NATO-Doppelbeschluss in seinen europäischen  
Dimensionen**

*Zum Referenten: Dr. Tim Geiger studierte von 1992 bis 1998 Neuere und Neueste Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Politikwissenschaften und Öffentliches Recht in Freiburg i. Br., Basel und Edinburgh. 1998/1999 war er Mitarbeiter des ZDF; 2005 promovierte er zum Thema „Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969“. Von 2008 bis 2010 war er Lehrbeauftragter am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, seit 2012 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, v.a. der Bundesrepublik; Internationale Geschichte mit den Schwerpunkten Kalter Krieg, europäische Integration und transatlantische Beziehungen; Parteiengeschichte und Terrorismus. Seit 2005 ist Tim Geiger Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Abteilung im Auswärtigen Amt, wo er an der Aktenedition zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik mitarbeitet. Weitere Informationen zu Tim Geiger unter: <http://www.ifz-muenchen.de/das-institut/mitarbeiterinnen/ea/mitarbeiter/tim-geiger/>*

Der Referent beginnt seinen Vortrag mit einem Rückblick auf die Zeit vor 30 Jahren, als in ganz Europa Millionen Menschen gegen das Wettrüsten, die Gefahr eines Dritten Weltkrieges und für den Frieden demonstrierten. Anfang der 80er Jahre gehörten die Themen Frieden, Nuklearkrieg und Sicherheitspolitik zum Alltag. Symbolische Proteste erreichten 1983 in den Ländern Westeuropas mit Massendemonstrationen, Sitzblockaden, Menschenketten und Schweigeminuten ihren Höhepunkt.

Tim Geiger gliedert seinen Vortrag in drei Abschnitte. Er beschäftigt sich zunächst mit der Ausgangslage und dem Weg zum Nato-Doppelbeschluss, referiert im zweiten Teil zur Implementierung des Doppelbeschlusses in den Jahren 1980 bis 1983, um im Schlussteil die Folgerungen aus dem Konflikt für Europa in fünf Punkten aufzuzeigen.

Der Nato-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 sah ab Ende 1983 die Stationierung von 108 amerikanischen Pershing-II-Raketen und 464 bodengestützten Cruise Missiles in Westeuropa vor, falls Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion über einen Abbau nuklearer Mittelstreckenraketen scheitern sollten. Die Betrachtung der Thematik erfolgte bislang primär aus deutschem oder deutsch-amerikanischem Blickwinkel. Dr. Geiger sieht sie in ihren europäischen Dimensionen als ein Paradebeispiel multilateraler Allianzpolitik.

**Ausgangslage und Weg zum Doppelbeschluss in den Jahren 1979 bis 1983**

Im Jahr 1979 war nicht absehbar, dass 1989 die Mauer fallen und die Sowjetunion 1991 friedlich zerfallen sollte. Im Gegenteil verstärkten der Doppelbeschluss sowie die sowjetische Afghanistan-Invasion die Ost-West-Konfrontation erheblich. Der Westen war technologisch, wirtschaftlich und industriell überlegen; trotzdem befand sich das sozialistische Lager in den 70er Jahren im Aufwind. Die USA mussten demütigende Rückschläge in Südostasien (Vietnam, Kambodscha) verkraften. Moskaus Verbündete hingegen befanden sich in Afrika (Mosambik, Angola, Äthiopien) und Lateinamerika (Nicaragua, El Salvador) auf dem Vormarsch. Die USA begannen seit Mitte der 70er Jahre sich von der Entspannungspolitik abzuwenden, von der ihrer Wahrnehmung nach die UdSSR einseitig profitierte, indem sie aufrüstete und aggressiv in der Dritten Welt expandierte. Die Europäer dagegen erweiterten die Kontaktmöglichkeiten über den „eisernen Vorhang“ hinaus und bewerteten die

Entspannungssära positiv. Somit begann sich ein transatlantischer Bruch in der NATO abzuzeichnen.

Damals schien die NATO krisengeschüttelt und alles andere als überlegen zu sein:

- Das Selbstvertrauen der Supermacht USA war durch das Vietnam-Desaster, die Watergate-Affäre und das Botschafts-Geiseldrama im Iran massiv angeschlagen.
- Frankreich war bereits 1966 aus der militärischen Kommandostruktur der NATO ausgetreten und kein Vollmitglied mehr. Daher war Westdeutschland einer der wichtigsten Partner der USA in Kontinentaleuropa.
- Westdeutschland stellte 50% der NATO-Landstreitkräfte, dazu 50% der bodengebundenen Luftverteidigung, 30% der Kampfflugzeuge und den Hauptteil der westlichen Verteidigungskräfte in der Ostsee.
- Großbritannien war durch wirtschaftliche Probleme, Streiks und eine veraltete Infrastruktur geschwächt.
- Die Benelux-Staaten, Norwegen und Dänemark reduzierten ihren Verteidigungsbeitrag wegen der Ölkrise erheblich.
- Die gesamte NATO-Südflanke galt als Krisenregion: Portugal bedurfte finanzieller, wirtschaftlicher und praktischer Demokratisierungshilfe (die es vor allem aus der Bundesrepublik erhielt).
- Spanien war bis 1982 kein NATO-Mitglied.
- Italien war mit instabiler Regierung, eskalierendem Terrorismus und einer starken KPI (Kommunistische Partei Italiens) ebenfalls ein Krisenland.
- Griechenland und die Türkei standen wegen des Zypern-Konflikts mehrfach am Rande eines Krieges. Im Jahr 1974 war Griechenland aus der integrierten Militärstruktur der NATO ausgeschieden, um erst ab 1980 wieder zurückzukehren.

Die Abrüstungsverhandlungen (Wien 1973) zur beidseitigen Reduzierung konventioneller Truppen in Mitteleuropa (MBFR) zwischen den führenden NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten führten bis 1989 zu keinem Ergebnis. Auch die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über interkontinentale Nuklearwaffen (SALT) stagnierten.

Nach dem Harmel-Bericht (1967) beruhte Sicherheit auf den Pfeilern Entspannung und Verteidigung. Die NATO arbeitete kontinuierlich daran, die westliche Verteidigungsfähigkeit und die friedenssichernde Abschreckungswirkung zu erhöhen. Anfang der 70er Jahre gab es Planungen zur Modernisierung. Im Jahr 1978 verabschiedete die NATO ein langfristiges Verteidigungsprogramm, das eine 3%ige Steigerung der nationalen Verteidigungsausgaben beinhaltete. Zudem brauchte die Allianz weniger, dafür aber weitreichendere und zielgenauere Nuklearwaffen. Ferngelenkte Marschflugkörper (Cruise Missiles), die das feindliche Radar unterfliegen und Ziele punktgenau anpeilen konnten, ermöglichten diesen Modernisierungsschritt.

Der Referent betonte, dass diese Modernisierung der NATO keine ausschließliche Reaktion auf die sowjetische SS-20-Rüstung gewesen sei. Überlegungen zu dieser „NATO-Nachrüstung“ gab es lange vor der Bedrohung durch eine neue sowjetische Raketengeneration.

Im Mittelstreckenbereich rüstete die Sowjetunion von den Vorgängermodellen SS-4 und SS-5 auf die SS-20 um, denn diese war eine treffsichere, mit drei einzelsteuerbaren Nuklearsprengköpfen (MIRV) versehene, mobile und damit praktisch unverwundbare Waffe von bis zu 5.000 km Reichweite. Kritisch bemerkte Dr. Geiger, dass bis heute die Motive der UdSSR für Rüstungsentscheidungen Spekulationen sind und stellte die Frage: War die Rüstungsentscheidung eine routinemäßige Modernisierung oder sollte Westeuropa militärisch wehrlos gemacht und politisch von den USA abgekoppelt werden? Durch die effektive Militärsplionage war der Warschauer Pakt über sämtliche Rüstungsprojekte der NATO informiert und dem Osten war bewusst, dass bis spätestens Ende der 80er Jahre die

Überlegenheit des Warschauer Pakts nicht mehr garantiert sein würde. Die Reichweite der SS-20 Raketen deckte zwar ganz Westeuropa ab, erreichte aber nicht das Territorium der USA. Was würde geschehen, wenn die Sowjetunion gezielt versuchte, den Krieg auf Europa zu lokalisieren? Würden die USA ihre Nukleargarantie für Westeuropa beweisen? Die Gefahr der politischen Erpressbarkeit Westeuropas durch die Sowjetunion wuchs – zumal die SS-20 in eine rüstungskontrollpolitische Grauzone fiel und weder bei SALT noch MBFR erfasst wurde. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat frühzeitig auf diese Problematik hingewiesen. Als eigentliche Geburtsstunde des sogenannten Doppelbeschlusses gilt die Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies (IISS) in London. Die NATO müsse die Glaubwürdigkeit der Abschreckung erhalten und dürfe keine Disparitäten hinnehmen. Das gefährdete Gleichgewicht lasse sich entweder durch massive westliche Aufrüstung oder beiderseitige Abrüstung wiederherstellen. Kanzler Schmidt bevorzugte die beiderseitige Abrüstung.

Ein weiteres sicherheitspolitisches Problem löste die Kontroverse um die Neutronenwaffe aus. Der außenpolitische Vordenker Egon Bahr geißelte die Neutronenbombe als „Perversion des Denkens“. In Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, Norwegen und den USA kam es zu einer Protestwelle der Anti-Nuklear- und Friedensbewegung. Die Carter-Administration wollte die Neutronenbombe nur produzieren, wenn die Westeuropäer bereit wären, sie in ihrem Land zu stationieren. Bundeskanzler Schmidt befürchtete jedoch Rückwirkungen auf die Ost- und Deutschlandpolitik. In der SPD zeichneten sich massive Widerstände ab. Schließlich knüpfte die Bundesrepublik ihre Unterstützung für die amerikanische Produktionsentscheidung an Bedingungen (u.a. der Non-User-Status muss gewahrt bleiben, Stationierungen nicht nur in Deutschland). 1978 vollzog Präsident Carter eine Kehrtwende, da kein Land – außer Deutschland – zur Stationierung der Waffen in Europa bereit war. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit der US-Administration war schwer erschüttert und somit auch die Handlungsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses in Frage gestellt. Die Carter-Administration sollte nach Meinung der Europäer das Gleichgewicht zur sowjetischen SS-20-Bedrohung wiederherstellen. Die USA dachten zunächst an eine politische Lösung, denn eine Nachrüstung im Mittelstreckenbereich hielt Washington nicht für notwendig. Das transatlantische Missverständnis lag darin, dass die Amerikaner den Ruf aus Europa – insbesondere von Deutschland – als einen nach mehr Nuklearwaffen interpretierten. Allerdings hatte die Bundesrepublik immer ihre Präferenz für eine Abrüstung betont – ohne dabei aber die Aufrüstungsalternative auszuschließen. Die Regierung Schmidt-Genscher konnte sich weder für die TNF-Modernisierung (*nukleare Gefechtsfeldwaffen*) noch für die Nachrüstung entscheiden. Entweder „blamierte“ sie sich außenpolitisch oder riskierte Widerstände in den Koalitionsparteien. Eine Lösung war nur mit der Koppelung beider Ansätze möglich. Bonn wollte Modernisierung und Abrüstung – gleichzeitig und gleichgewichtig.

Im Januar 1979 wurde auf der Karibikinsel Guadeloupe die gemeinsame Bündnisentscheidung getroffen, um die Einheit der NATO zu demonstrieren. Es sollten möglichst viele NATO-Mitglieder in die Nachrüstung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen einbezogen werden. Italiens Bereitschaft auf Sizilien amerikanische Cruise Missiles zu stationieren, befreite Deutschland aus dem Dilemma einer nuklearen Einzelstellung. Die skandinavischen NATO-Länder beteiligten sich nicht. Griechenland war nicht bereit zur Stationierung und die Türkei verweigerte sich aufgrund der Negativerfahrung von 1962 (damals Abzug von US-Raketen nach der Kubakrise infolge eines Supermächte-Deals ohne Einbeziehung der Türkei als Stationierungsland). Trotz starker innenpolitischer Widerstände zeigten Belgien und die Niederlande Bündnissolidarität und sagten die Stationierung amerikanischer Cruise Missiles zu.

Alle NATO-Mitgliedstaaten (außer Frankreich) verabschiedeten am 12.12.1979 den Doppelbeschluss (s.o.). Dieser war einerseits ein Rüstungskontrollangebot und andererseits eine konditionierte Aufrüstungsandrohung.

### **Die Durchführung des Doppelbeschlusses in den Jahren 1980 bis 1983**

Als Reaktion auf die sowjetische Afghanistan-Invasion 1979 verhängten die USA Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion, boykottierten die olympischen Spiele, unterstützten die muslimischen Mudschaheddin und fuhren massiv den Rüstungssektor hoch. Moskau verweigerte die Rüstungskontrollverhandlungen mit den USA, bis die Schmidt-Genscher Regierung im Sommer 1980 die Auflösung dieser Blockadehaltung zu Verhandlungen über Mittelstreckenraketen erreichte.

Als Ronald Reagan 1981 Carter im Präsidentenamt ablöste, entstand das Bild der kriegslüsternden USA, der generell eine aggressiven-imperialistische Politik unterstellt wurde. Hatte die Reagan-Administration überhaupt ein Interesse an Abrüstungserfolgen? Bei einem nuklearen Weltkrieg der Supermächte wäre Europa Opfer und Schlachtfeld („Euroshima“) gewesen.

In der Nachrüstungskontroverse gab es verschiedene Irritationen, Vorstellungen und Beeinflussungen. Man zog z.B. Parallelen zur NS-Vergangenheit, rief nach europäischer Eigenständigkeit, es kam die Frage nach der nationalen Souveränität auf und Oskar Lafontaine (SPD) verlangte sogar den Austritt aus der NATO.

Mitte November 1981 hatte die Reagan-Administration die Zielvorgabe, sich auf die doppelte „Null-Lösung“ zu einigen, also Verzicht auf Pershing-II und Cruise Missiles, falls die UdSSR ebenfalls ihre Mittelstreckenraketen verschrotten würde. Allerdings glaubte niemand an die Realisierbarkeit dieser Lösung. Zur Unglaubwürdigkeit führten auch immer wieder Alleingänge der verbündeten Supermacht USA: Dazu gehörte der sogenannte Waldspaziergang, bei dem der amerikanische Chefunterhändler Paul Nitze im Juli 1982 seinem sowjetischen Kollegen eine Reduzierung auf maximal 300 Nuklearsprengköpfe vorschlug, ebenso Reagens Weltraumprogramm SDI und die amerikanische Invasion des sozialistisch regierten karibischen Zwergstaates Grenada im Oktober 1983.

Nachdem bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen der Supermächte keine Einigung erzielt worden war, wurden – wie im Doppelbeschluss angekündigt - 572 neue amerikanische Atomraketen in Europa (u. a. in Italien, Großbritannien, Deutschland) aufgestellt. Die UdSSR brach daraufhin die Genfer Verhandlungen ab und stationierte zusätzliche atomare Kurzstreckenraketen in der DDR und ČSSR.

Erst mit dem INF-Abkommen kam es 1987 dann doch noch die doppelte Null-Lösung: Das erste wirkliche Abrüstungsabkommen der Welt, mit dem die Verschrottung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen beschlossen wurde.

### **Schlüsse und Folgerungen aus dem Konflikt um den Doppelbeschluss**

- Das Gefühl einer spezifischen europäischen Zusammengehörigkeit angesichts des Agierens der Supermächte. Dazu gehörte insbesondere die unbeirrte Fortführung des KSZE-Prozesses, wobei wirtschaftliche Verflechtungen Sicherheit boten. Auch die erfolgreichen Bemühungen zur Überwindung der „Eurosklerose“ durch eine „Relance“ der Europäischen Gemeinschaft stehen in diesem Zusammenhang.
- Die Reaktivierung der (aus den 1950er Jahren stammenden, bislang im „Dornröschen-Schlaf“ schlummernden) Westeuropäischen Union – um (West-)Europa auch verteidigungs- und sicherheitspolitisch eine eigenständigere Identität zu geben.
- Ein verstärktes, gesamteuropäisches und blockübergreifendes Bewusstsein für den Umweltschutz

- Der Blick auf den bislang vernachlässigten Ostblock, in dem in der „Raketenfrage“ trotz der im Osten fehlenden öffentlichen Debatte zunehmend eigene, nicht immer eins zu eins der Moskauer Blocklinie folgende Positionen der „Satellitenstaaten“ deutlich wurden.
- Der Konnex von Frieden nach außen und innen – besonders deutlich in der DDR, wo sich aus den Unabhängigen Friedensgruppen der frühen 1980er Jahre im Laufe des Jahrzehnts jene Menschenrechts- und Dissidentengruppen entwickelten, die eine führende Rolle beim Umbruch 1989/90 spielten

## Diskussion

### Warum ist die Sowjetunion nicht auf das Angebot des NATO-Doppelbeschlusses eingegangen?

Das ist eine der spannendsten Fragen, über die wir wenig wissen. Das Problem ist, dass russische Akten der Forschung wenig zugänglich sind. Erschließbar ist Einiges über den Umweg der übrigen Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten (rumänische Akten, tschechische Akten, DDR-Akten) – die aber freilich selbst meist nur im Nachhinein von Moskauer Entscheidungen erfuhren.

Das Agieren, das in den Memoiren russischer Diplomaten und Führer erkennbar ist, spricht dafür, dass die Entscheidungen des militärisch-industriellen Komplexes von der sowjetischen Führung nicht in Frage gestellt wurde. Ferner ist auch eine sowjetische Sturheit erkennbar, die sie nicht auf die vom Gegner angebotene Nulllösung eingehen ließ. Die Raketen gab es schließlich zunächst auf westlicher Seite noch nicht und würde es möglicherweise auch nie geben – angesichts der lautstarken Proteste im westlichen Lager. Zum Kalkül gehörte daher der östliche Versuch auf die Friedensbewegung in den NATO-Staaten einzuwirken. Fällt ein westlicher NATO-Staat aus, erhöht es den Druck auf den nächsten westlichen Staat (Dominoeffekt).

### Prof. Dr. Michael Gehler ergänzte:

Es gibt bestimmte Konstanten in jeder Außen- und Sicherheitspolitik der Nationen. Die Erfahrung von zwei Weltkriegen spielt dabei eine große Rolle. Die Zerstörungen in der Sowjetunion und die damit verbundenen Verluste waren enorm. Die russische Führung von Josef Stalin, über Nikolai Bulganin, über Nikita Chruschtschow bis Leonid Breschnew hatte ein Sicherheitstrauma und war der Auffassung, nicht genug gegen einen Angriff aus dem Westen gerüstet zu sein. Die NATO wurde als Angriffsbündnis und nicht als Verteidigungsbündnis gesehen. Ein weiterer Punkt war das Langzeitziel der Sowjetunion, Westdeutschland aus dem NATO-Bündnis herauszulösen. Damit wäre die NATO massiv geschwächt gewesen.

Hinter der russischen Rüstungspolitik stand nicht nur der Modernisierungsgedanke, sondern es sollte auch ein politisches Druckpotential ausgelöst werden. Die Sowjetunion beeinflusste die Anti-Nuklearen-Protestbewegungen in Deutschland und versuchte westliche Bündnisse zu spalten. Ferner gab es auch das Bestreben, beispielsweise in Comecon- oder Einzelverhandlungen Länder aus der EWG herauszutreiben, bilaterale Handelsabkommen mit ihnen zu schließen, um entsprechend „Keile“ ins westliche Bündnis hineinzutreiben. Das scheint ein Kontinuum zu sein - ohne dies belegen zu können.

War das Weltprogramm SDI nicht ein Fake, eine riesige „Star-Wars-Show“?

### Welche Rolle spielte Michael Gorbatschow?

Der Name Gorbatschow wird in erster Linie mit dem INF-Vertrag von 1987 verbunden. Bei einem Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow 1986 in Reykjavik/Island scheiterte die Abrüstung sämtlicher Nuklearraketen an dem amerikanischen Präsidenten, der am Kriegs-

und Weltraumprojekt SDI festhielt. Die Europäer waren froh, weil sie glaubten, auf nukleare Verteidigungswaffen nicht komplett verzichten zu können. Es ist zu betonen, dass der Initiator für den Wiederbeginn der Genfer Verhandlungen nicht Gorbatschow war, sondern Tschernenko. Gorbatschow sah die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Einsparens. Ein weiterer zu berücksichtigender Aspekt ist die Entstehung der modernen Computerindustrie, die in der Kriegsführung neue Dimensionen aufwarf. Die Sowjetunion konnte nicht mehr mithalten. Gorbatschows Lösungsansatz sind weitere weitreichende Abrüstungsinitiativen nach Reykjavik. Damit überrollte er den Westen. Noch mehr ab 1988 beim Auftritt der UNO. Es war ein Spiel mit hohem Einsatz. Im Buch „Kriegsschauplatz Deutschland: Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers“ von Siegfried Lautsch geht deutlich hervor, dass die Sowjets und der Warschauer Pakt ihre bisherige Verteidigungsstrategie seit 1983 auf einen Defensivansatz umstellten. Der Westen hat diese Kehrtwende aber nicht wahrgenommen. Eine Wende in der Perzeption der UdSSR gab es erst 1985, denn vor Gorbatschow galt das Motto: Angriff ist die beste Verteidigung. Aber auch gegenüber Gorbatschow blieb bei nicht wenigen im Westen lange skeptisch Ablehnung – so machte in den USA das pejorativ gemeinte Wort vom „Genscherismus“ die Runde, als der westdeutsche Außenminister sich in Davos öffentlich dafür aussprach, „Gorbatschow beim Wort zu nehmen“. Die Fremdwahrnehmung war im Kalten Krieg eben von jeder Seite: Der Andere bedroht mich. Letztendlich wird die auf beiden Seiten zu findende Ankündigung, nicht als erster einen Krieg zu beginnen, jeweils als Propagandalüge abgetan - und das von beiden Seiten.

#### Welche Rolle spielte Valentin Falin?

Die Deutschen kennen ihn überwiegend als Botschafter während der Ostpolitik (1971–1978). Seit 1978 war er dann Stellvertretender Leiter der internationalen Abteilung beim Zentralkomitee der KPdSU. Anfang 1983 wurde Falin kalt gestellt. Er war Breschnew treu und hatte einen Konflikt mit dem neuen Generalsekretär und vormaligen KGB-Chef Andropow; Falin kam dann als Gorbatschow-Berater Ende 1985 wieder zurück. Er galt als Hardliner. Er wollte die Wiedervereinigung nicht so, wie sie sich vollzogen hatte. Als Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU und ab April 1991 war Falin als Vorsitzender des Ausschusses des ZK der KPdSU für die Probleme der internationalen Politik zuständig - und wurde letztendlich als Betonkopf eingestuft. Kohl und Genscher mussten gegen ihn laborieren, um Gorbatschow die Wiedervereinigung abzurufen. Falin vertrat die Linie der 50er Jahre. Für die Wiedervereinigung war er zwar, aber nur, wenn Deutschland neutral würde und nicht mit einer Nato-Mitgliedschaft. Falin wollte den Doppelbeschluss zu Fall bringen. Durch seine Tätigkeit als Botschafter kannte er Deutschland sehr gut. Auf Einladung von Egon Bahr ließ sich Falin nach dem Zerfall der Sowjetunion in Hamburg nieder und war von 1992 bis 2000 Mitarbeiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik.

(Dr. Geiger gab dazu folgende Buchempfehlung: Zeitnot - Moskau, Deutschland und der weltpolitische Umbruch von Joachim von Arnim, Bouvier Verlag, Mai 2012)